

BRIV

Erscheint monatlich 2 mal zum 15. und 1. des Mts.

Organ des Bundes revolutionärer Industrie-Verbände

Einzel-Nummer 10 Pfg. Vierteljahresabonnement durch die Post 90 Pfg.

29. Februar 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II
Telephon F 7 Jannowitz 2582 und 0438.

5. Jahrgang Nr. 5

Menschenvernichtung bringt Profit

Die Kriegsberichte aus dem Fernen Osten zeigen, daß die Japaner skrupellos darangehen, ganze Städte dem Erdboden gleichzumachen, Tausende von Menschen, ganz gleich, ob Militär oder Zivilbevölkerung, zu vernichten.

Aus Schanghai wird berichtet, daß diese Millionenstadt der Schauplatz unbeschreiblicher Grausamkeiten der japanischen Eroberungstruppen ist. Die Straßen sind mit Leichen übersät. Hungernde Hunde sättigen sich an den Leichen. Ein Bericht sagt, daß nachts von dunklen Gestalten Feuer an die Häuser der Chinesen gelegt wird. Wenn diese dann versuchen, sich aus den brennenden Häusern zu retten, werden sie niedergeschossen. Die chinesische Bevölkerung, die den Versuch macht, sich aus der Gefahrenzone zu entfernen, wurde mit Maschinengewehrfeuer zurückgetrieben. Die entmenschte Soldateska schießt tausende Wehrloser einfach zusammen.

Inzwischen erwägt der Völkerbund, was geschehen soll. Die imperialistischen Mächte senden einstweilen ihre Truppen und Kriegsschiffe, angeblich zur Interessenvertretung ihres Landes, nach China.

In Genf wird von Abrüstung gesprochen. Der tschechoslowakische Außenminister spricht offen aus, was ist; er sagt: „Die letzten Ereignisse haben das Vertrauen zu den internationalen Verträgen und Pakten erschüttert. Deshalb kann die Abrüstung sich nur in dem Maße vollziehen, als sich das Vertrauen wieder entwickelt.“

Das wird am Sankt Nimmerleinstag in kapitalistischen Staaten sein.

Inzwischen fängt das Rüstungsgeschäft an, lohnenden Profit abzuwerfen. Die Prager Zeitung „Pravo Lidu“ berichtet offen über das Riesengeschäft mit Gasgranaten, das die tschechischen Skoda-Werke seit Beginn des japanischen Raubzuges in China tätigen.

Nach der „B. Z.“ werden hauptsächlich Munition für Feldgeschütze und Grabenmörser, aber auch Maschinengewehrmunition sowie Handgranaten geliefert. Bisher sollen 18 000 Granaten, darunter 2000 mit Giftgas, an die Japaner geliefert sein. Die Transporte dieser Lieferungen gehen über Triest, in letzter Zeit auch über Hamburg.

Ein Aufsichtsrat dieser Skoda-Werke ist der 2. Vorsitzende der tschechischen Sozialdemokratie, der Abgeordnete Ludwig Pick. Diese angenehme Position sollte Herrn Pick 400 000 Kr. Tantiemen eingebracht haben. Er erklärte, dieses Geld an die Tschechische Sozialdemokratie abgeliefert zu haben.

Die amerikanische Firma Hotchkiss, die vornehmlich Maschinengewehre herstellt, erhielt von Japan einen großen Auftrag. Die Aktien dieser Firma stiegen an der Pariser Börse in wenigen Tagen von 1100 auf 1268 Prozent. Die Kurse der Aktien der französischen Waffenfirma Schneider-Creuzot stiegen auf 1360 Prozent. Die Werke haben große Aufträge.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ meldet, daß man an der Pariser Börse eine günstige Wirkung des ostasiatischen Konfliktes auf die Wirtschaftskrise erwartet.

In der in spanischer Sprache erscheinenden Militär-Fachzeitschrift „De Re Bellika“ stehen folgende Anzeigen:

- „Karl Walter, Zella-Mehlis, Gewehre, Pistolen. Löwe, A.-G., Berlin, Waffen.“
- Steffen & Hegemann, Berlin W 35, Waffen und Munition, Apparate und Einrichtungen für den chemischen Krieg, Gasschutzgeräte, künstlicher Nebel usw.“

Nach einem Bericht aus Frankfurt a. Main lieferten die Höchster Farbwerke nicht weniger als 150 000 t Salpeter an Frankreich. Verschiedene Abteilungen, die stillgelegt waren, haben die Wiederaufnahme des Betriebes durchgeführt. — Salpeter ist ein sehr notwendiger Bestandteil zur Herstellung von Pulver und Sprengmunition.

In den Häfen Frankreichs, Englands und Amerikas und Gdingen (Polen), und Konstanz (Rumänien), sowie in Hamburg, werden in fieberhaftem Tempo Waffen und Sprengstoffe verladen.

In der französischen Kammer Sitzung vom 11. Februar dieses Jahres legte der sozialistische Abgeordnete Vaure der Kammer zwei Dokumente vor, Ausfuhr-Erlaubnisscheine für geheime französische Kriegspulver an deutsche Fabriken, die sich an Munitionslieferungen für Japan beteiligt haben. Des weiteren ein Dokument, daß die tschechischen Skoda-Werke und die Europäische Industrie- und Finanz-Union, die in Verbindung mit Schneider-Creuzot steht, an die Hitler-Partei Unterstützung ausgezahlt habe.

So sehen wir, daß überall die Hyänen des Krieges sich meiden, um Profit herauszuschinden.

Ein Erfolg der Technik ist es, daß die Interessenten des Krieges beim 5-Uhr-Tea durch das Radio das Menschen-schlagen hören können. So schreibt die Presse, daß die Kämpfe bei Mukden zwischen Japanern und Chinesen im japanischen Rundfunk wiedergegeben wurden. Man hörte das Gebrüll der Soldaten, das Feuer der Geschütze usw.

Ein besonderer Sensationskitzel wird es für die japanische Bourgeoisie sein, im Radio zu hören, wie „die Söhne

ihres Landes“ als Verwundete in den Stacheldrähten hängen und sich tagelang zu Tode schreien.

Das Gerede der Diplomaten in Genf wird an der furchtbaren Wahrheit nichts ändern, auch nicht die Drohung des belgischen Sozialistenführers Emile Vandervelde, der folgendes sagte:

„Nachdem die sozialistischen Arbeiter durch die furchtbaren Ereignisse des letzten Krieges in gemeinsames Elend gestürzt worden sind, sind sie unbeugsam entschlossen, alles daranzusetzen, damit so etwas nicht wieder vorkommt. Und sollte es doch wieder dazu kommen, haben sie die feste Absicht, wenn nicht die Waffen wegzuerwerfen, so doch sich ihrer nicht mehr gegeneinander zu bedienen.“

Die Internationale hat uns beauftragt, dies zu erklären. Von ihrem Weitblick und ihrer Klugheit hängt es ab, daraus die Folgerungen zu ziehen.“

Diese Beteuerungen haben wir von jener Seite schon einmal 1914 gehört, und doch waren es gerade die Führer der II. Internationale, die für das Völkermorden stimmten, dafür die Gelder bewilligten und in der Presse die Kriegspolitik verherrlichten und die wütesten Annektionspolitik trieben.

Welchen Wert die freien Gewerkschaften und die SPD. im letzten Völkermorden hatten, ergibt sich aus den preußischen Jahrbüchern von Hans Delbrück, September 1914, in denen steht:

„Es genügt nicht, den Sozialdemokraten zu danken, sondern man muß sich auch klarmachen, welches Verdienst sie sich direkt durch ihre Organisationen erworben haben. Stellen wir uns vor, wir hätten diese großen Arbeitervereinigungen nicht, sondern diese Millionen ständen dem Staat nur als Individuen gegenüber, so ist es doch sehr wahrscheinlich, daß sich sehr viele unter ihnen finden würden, die nicht von der allgemeinen Bewegung ergriffen, der Einberufung zur Armeepassiven oder auch aktiven Widerstand entgegengesetzt hätten.“

Justicia

Wenn man die Urteile der letzten Zeit für politische Vergehen, begangen von Kommunisten oder linkseingestellter Arbeiter denen der Nationalsozialisten gegenüberstellt, so kann man wohl aussprechen, die Justiz fährt mit vollen Segeln im faschistischen Fahrwasser. Die politischen Prozesse der letzten Zeit geben allen Anlaß, dieses zu behaupten.

In dem Helldorf-Prozess (Krawall am Kurfürstendamm), wo die Nationalsozialisten einen wohl vorbereiteten Überfall auf deutsche Bürger jüdischen Aussehens am hellen Tage inszenierten und einige schwer verletzten, wurden von den 31 nationalsozialistischen Angeklagten im ersten Prozeß sechs freigesprochen. Bei der Revision wurden 12 Angeklagte freigesprochen, 16 wegen einfachen Landfriedensbruches zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Führer der SA, Graf Helldorf und sein Komplize Ernst wurden von der Anklage des Landfriedensbruches freigesprochen, und lediglich wegen öffentlicher Beleidigung zu je 400 RM Geldstrafe verurteilt.

Dieses Urteil kommt einem Freibrief für neue Judengroßmorde gleich.

In Dresden standen am 5. Februar die Nazimörder vor dem Richter, die am 3. November in Riesa den Reichsbannermann Wolf auf offener Straße überfallen und durch zahlreiche Messerstiche buchstäblich abgeschlachtet hatten. Der Haupttäter erhielt ganze 2 Jahre und 4 Monate Gefängnis. Die übrigen kamen mit kurzen Gefängnisstrafen davon.

In München-Gladbach wurde der Nazimann Löles, der den Kommunisten Reimers durch 4 Schüsse tötete, nur wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu 3 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Im Gegensatz zu diesen Urteilen erhielt der Kommunist Biergang in Köln, der bei einem Zusammenstoß einen Faschisten niederschlug, der dadurch leicht verletzt wurde, 5 Jahre Zuchthaus.

Der Erwerbslose Biermeier wurde vom Schöffengericht in Berlin, weil er aus einem Laden einige Lebensmittel entwendet hatte, zu 1 Jahr und 4 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Haarsträubend ist das Essener Urteil vom 5. Februar 1932, wo Kommunisten bei einem Zusammenstoß mit Nazis angeblich ein NSDAP-Mitglied ermordeten und dafür 36½ Jahre Zuchthaus und 104 Monate Gefängnis erhielten. So erhielt der Maschinist Zingel 10 Jahre 3 Monate Zuchthaus, der 20-jährige Kutscher Martin Wolf gleichfalls 10 Jahre 3 Monate Zuchthaus, der Lehrling Max Werseck 8 Jahre Zuchthaus, der 22-jährige Hilfsarbeiter Schüler ebenfalls 8 Jahre Zuchthaus. Die übrigen Angeklagten erhielten gleichfalls hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang den Erlaß des Reichsinnenministers Groener, daß Nationalsozialisten in der Reichswehr aufgenommen werden können, da diese Partei ja nicht grundsätzlich mit Gewalt die Verfassung ändern wolle (Boxheimer Dokument), während Kommunisten in allen

1870 haben die Mobilmachungen an nicht wenigen Orten oft nur mit Gewalt durchgesetzt werden können. Das ist sogar hier und da 1813 vorgekommen. Diesmal hat sich auch nicht das Geringste dergleichen ereignet. Das macht, heute ist in Deutschland sozusagen jedermann organisiert und folgt seinen Organisationen. Indem diese gesellschaftlichen Kräfte mit der staatlichen Autorität zusammen wirkten, bildete sich erst jene ungeheure Kraft, die wir in dieser Mobilmachung vor unseren Augen sich haben entfalten sehen.

Japan schert sich den Teufel um den Völkerbund, es erklärt offen, die Mandchurei in seinem Besitz zu halten. Es schlägt den Völkerbundsstaaten vor, eine internationale neutrale Zone im Unkreis von 25 bis 30 km um die wichtigsten Hafenstädte Chinas zu legen, d. h. China die wichtigsten Einnahmequellen zu stehlen. Wenn es sich dagegen auflehnt, soll es mit Gewalt annektiert werden.

Die Vertreter Japans haben die Regierungen von Frankreich, Amerika und England unterrichtet, daß die letzten in Schanghai vorgenommenen militärischen Operationen mit der Niederlage der japanischen Truppen geendet haben, und daß es daher Japan für notwendig halte, zur Wiederherstellung seines Ansehens die Offensive zu ergreifen. Daraufhin hat der Völkerbundsrat in Genf die von China geforderte außerordentliche Ratstagung abgelehnt mit der Begründung, man stelle sich allgemein auf den Standpunkt, daß für den Rat im Augenblick kein Anlaß zur Einberufung der Versammlung vorliege.

Das Beispiel Japans macht Schule, Litauen nimmt sich Memel, Polen erklärt, es ist die Zeit gekommen, um zu handeln, d. h. offene Raubpolitik zu betreiben. Es hat im Auge, sich Danzig anzueignen.

Die Hyänen des Krieges, denen es gleichgültig ist, an wen sie ihre zum Morden und Vernichten hergestellten Erzeugnisse verkaufen, schreien wieder nach Profit.

Rosa Luxemburg sagte bei Ausbruch des Weltkrieges: „Die Dividenden steigen und die Menschen fallen.“ Es ist wieder einmal so weit.

Fällen als staatsfeindliche Elemente davon ausgeschlossen sind, dann mutet die Weimarer Verfassung, nach der alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind, etwas sonderbar an, und ist der Ausspruch Heines Justicia (Gerechtigkeit), wo bist du? heute mehr denn je angebracht.

Julian Borchardt

Wieder ist einer der alten Garde, die für die Befreiung des Proletariats kämpfte, dahingegangen. Un erwartet verstarb er am 16. Februar nach kurzem Krankenlager im Alter von 63 Jahren.

Das Proletariat, das um seine Freiheit kämpft, hat in Julian Borchardt einen ehrlichen Kämpfer verloren, einen Revolutionär, der der großen Sache des Sozialismus bis zu seiner letzten Stunde treu gewesen ist.

Den Berliner Arbeitern ist Julian Borchardt besonders bekannt aus der Zeit vor dem Kriege, wo er neben Karl Liebknecht, Paul Hoffmann, Adolf Hoffmann und Leinert im preußischen Dreiklassen-Parlament seinen Mann stand, wo er damals, zusammen mit den Genannten, im Jahre 1912 wegen seines kühnen Auftretens für die Sache der Arbeiterklasse mit Polizeigewalt aus dem Parlament geschleppt wurde.

Julian Borchardt stellte sich nicht auf die Seite der Kaiser-Sozialisten während des Krieges. Seine Zeitschrift „Die Lichtstrahlen“ unterstützte den kühnen Kampf Karl Liebknechts gegen den imperialistischen Krieg. Zusammen mit Franz Mehring, Ernst Meyer, wurde er wegen dieses Kampfes im Kriege eingekerkert. Seine Werke, die Hunderten und Tausenden die marxistische Erkenntnis vermittelt haben, waren wertvolles Rüstzeug für die Arbeiterklasse. Hervorgehoben seien folgende Werke: „Grundbegriff der Wirtschaftslehre“, „Der historische Materialismus“, „Die deutsche Wirtschaftsgeschichte“, „Die deutsche Geschichte seit dem Dreißigjährigen Krieg“ und eine Bearbeitung von Karl Marx' „Kapital“.

Auch auf pädagogischem Gebiete entstammen wertvolle Schriften seiner Feder.

Die linksgerichteten Blätter veröffentlichten des öfteren wertvolle Artikel von ihm. Auch unseren Organisationen hat er solche geliefert und damit der revolutionären Arbeiterklasse Material in ihrem Kampfe für die Befreiung gegeben.

In die Kreise der geistigen Arbeiter trug er durch seine jahrelange Mitarbeit im Schutzverband deutscher Schriftsteller den Gedanken der Einheitsfront von Hand- und Kopfarbeitern.

Wir und all die Tausende, denen er durch die Popularisierung des Marxismus Erkenntnis und Aufklärung brachte, werden Julian Borchardt über das Grab hinaus ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Erwerbslosenausschüsse duldet keine Bevormundung!

Die Ueberparteilichkeit der Erwerbslosenausschüsse ist die dringend notwendige Voraussetzung zur Erfassung aller Erwerbslosen und zur Vertretung derselben im proletarischen Geiste.

Was müssen wir jedoch sehr oft feststellen? Daß man die Kollegen in den Erwerbslosenausschüssen zwingen will, die Richtlinien der RGO. anzuerkennen.

Wir fragen, kann auf dieser Basis die so notwendige Einheit in der Erwerbslosenbewegung hergestellt werden?

Ist es nicht schon absurd, den Erwerbslosen eine Zeitung, genannt „Der Arbeitslose“ anzubieten, auf der steht „Publikationsorgan der RGO.“?

Sind nur solche Ausschußmitglieder Klassenkämpfer, die der RGO. angehören?

Daß die Rote Gewerkschafts-Internationale, deren deutsche Sektion doch die RGO. ist, auch eine andere Auffassung über die Führung der Erwerbslosenbewegung, die doch in den Händen der von den Erwerbslosen selbstgewählten Ausschüsse liegen muß, hat, geht aus den Ausführungen, welche auf der VIII. Tagung des Zentralrates der RGI. ausgesprochen wurden und in der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“, dem Organ des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale steht, hervor. Es heißt dort: „Führung heißt nicht Bevormundung der Arbeitslosenbewegung und ihrer Organisationen, und ihre Eingliederung in die Reihen der roten Gewerkschaften und der RGO. Sie muß in der Schaffung von Ausschüssen und Arbeitsloserräten auf der Grundlage einer wirklich umfassenden Einheitsfront von unten herauf in der Aufstellung ganz konkreter Losungen bestehen, die breitesten Massen der Arbeitslosen mobilisieren können in der Ausnutzung aller Formen des Kampfes.“

Mit diesen Worten wird klar ausgesprochen, daß die Bevormundung durch die RGO. abgelehnt wird. Die RGO. als Sektion der RGI. in Deutschland tut jedoch das Gegenteil. Sie nennt jedes Erwerbslosenausschuß-Mitglied, das nicht strikte nach den RGO.-Beschlüssen handelt, Konterrevolutionär und Trabant der kapitalistischen Klasse. Siehe Zeitung „Der Arbeitslose“ Nr. 4, 1932, wo man den Kollegen Schneeweiß mit derartigen Kosenamen bedenkt, weil er es wagte, mit Proleten von der Trotzki-Gruppe resp. Lenin-Bund gemeinsam für die Interessen der Erwerbslosen Organisationsarbeit zu wirken. Bis zum 8. Januar d. J. wurde er noch der revolutionäre Kämpfer genannt, jetzt ist er Renegat geworden.

Man kann also als Kommunist sehr leicht zum Konterrevolutionär werden, wenn man die Linie verbiegt.

Aus diesen wenigen Zeilen müssen die Erwerbslosen aller Industriezweige die Notwendigkeit der Wahl von Erwerbslosenausschüssen nicht nach Parteidoktrin, sondern nach dem Klassenstandpunkt bemessen.

Gerade die Erwerbslosen, die von der Klasse der Ausbeuter in das grenzenlose Elend gestoßen worden sind, müssen als Klasse der Entrechteten und Ausgebeuteten sich ohne Unterschied einreihen in die Gesamtfront, um gemeinsam mit den noch im Betrieb Beschäftigten zu kämpfen für ein besseres Dasein, für Beseitigung dieses Verelendungssystems.

Der Fortschritt der Technik wird zum Fluch der Menschheit

Die Arbeitslosigkeit schreitet in einem wahnsinnigen Tempo in allen Ländern fort.

Die Produktionsmethoden der letzten Jahre haben hundertausende Hand- und Kopfarbeiter durch Maschinen ersetzt.

Die Maschine ist billiger als Arbeitskräfte, und arbeitet oft präziser als Menschenhände es können. Daher werden die Arbeiter entlassen und Maschinen aufgestellt, die soundso viel Arbeitshände überflüssig machen.

Wie verheerend sich die Arbeit der Maschine auswirkt, dafür einige Beispiele:

1914 brauchte eine Arbeiterin bei Osram zur Herstellung von 40 elektrischen Glühlampen 8 Stunden. Heute erzeugt eine automatische Maschine in derselben Zeit 24 000 Stück, so daß sie also 600 Arbeiterinnen ersetzt.

Eine moderne Spinnmaschine, bedient von einer Arbeiterin, erzeugt heute genau so viel wie 2200 Webstühle vor 20 Jahren in gleicher Zeit herstellen konnten.

Eine Maschine in der Rasierklingen-Industrie, bedient von einem Arbeiter, erzeugt heute 32 000 Klingen in derselben Zeit, in der 64 Arbeiter 1913 diese Anzahl herstellten.

In der Auto-Industrie Amerikas werden mit Maschinen von 200 Arbeitern täglich 8000 Automobilrahmen hergestellt, während die europäischen Autofabriken, die noch nach der alten Methode arbeiten, mit der gleichen Anzahl Arbeiter nur 35 Rahmen herstellen.

In der Schuhindustrie stellen 100 Maschinen die Arbeit von rund 25 000 Arbeitern her.

Für die Briefumschlagbranche ist eine Maschine erfunden, die heute 250 000 Briefumschläge in der Stunde herstellt, während noch vor etlichen Jahren gleichfalls von Maschinen nur 25 000 Stück in derselben Zeit hergestellt werden konnten.

In Amerika wurde eine Maschine zur Herstellung von Glasballons aufgestellt, welche den gesamten Bedarf der Vereinigten Staaten Amerikas herstellt; dieselbe erzeugt in der Stunde 8000 Ballons von 25 Liter Inhalt.

Eine von zwei Mann bediente Maschine in der Ziegelindustrie stellt täglich eine Million Backsteine her.

Die neuzeitlichen Rechenmaschinen in den Büros ersetzen durchschnittlich 12 Arbeitskräfte.

Bei der Herstellung des über 1 1/2 km langen Lloyd-Staudammes am Indus haben 46 Baggermaschinen in der Minute rund 7 t Erdmassen aus dem Boden geholt. Dadurch wurde die Arbeitskraft von 32 000 Menschen erspart, und außerdem ein Drittel der Kosten, die bei Benutzung von menschlicher Arbeitskraft notwendig gewesen wären.

Der amerikanische Arbeitsminister Davis gibt die Zahl der Amerikaner, die in den letzten Jahren durch die Maschine erwerbslos geworden sind, für Amerika auf mindestens zwei Millionen an.

Es gibt Maschinen, die jeden Augenblick der Arbeitsunterbrechung, die Zeit der jede Arbeitsleistung notwendigen Minuten und den Kostenpreis dafür aufzeigen. Bei der Verwendung dieser Maschinen besteht keine Möglichkeit

mehr, auch nur eine Minute die Arbeit ruhen zu lassen, ohne daß die Betriebsleitung es erfährt.

Das ist die Darstellung des Sklavenverhältnisses in höchster Vollendung. Wissenschaft und Technik sollen berufen sein, die Menschheit aus Sklaverei und Barbarei hinauszuführen. In der kapitalistischen Gesellschaft, die nur des Profites wegen produziert, wird Wissenschaft und Technik zum Fluch der Menschheit.

Erst mit dem Sturz der kapitalistischen Ausbeutungsmethoden wird die Maschine zum Helfer der Menschheit werden.

Industrie-Verband für das graphische Gewerbe

Die Unternehmerschutztruppe vom Staatsanwalt gestützt

Von der Liebenwalder Papierwaren- und Kartonagen-Fabrik H. wurde ein Betriebsratsmitglied auf Grund des § 123 der Gewerbeordnung wegen angeblicher Widersätzlichkeit und Bedrohung fristlos entlassen.

Die Klage des Kollegen auf Wiedereinstellung wurde vom Arbeitsgericht abgewiesen.

Als Hauptzeuge der Firma fungierte ein junger Meister. — Bei dieser Firma sind mehrere solcher jungen Leute beschäftigt, die die Arbeiterschaft provozieren, so auch ein 26-jähriger Buchhalter, natürlich strammer Stahlhelmer, der stundenlang im Betrieb herumlungert und beim Chef dann den Angeber macht. Dieser war es auch, der den Meister und den Unternehmer von der schrecklichen Drohung des Arbeiters in Kenntnis setzte.

Als weiterer Zeuge in diesem Prozeß war weiterhin die gelbe Schutzgarde der Firma, die sie sich aufgepöppelt hat, darunter auch ehemalige Streikbrecher, geladen. Diese sollte bezeugen, wie rabiat das entlassene Betriebsratsmitglied gewesen sei, u. a. soll er einen von diesen Auch-Arbeitern mit dem Hammer bedroht haben. Der Günstling des Firmeninhabers hat jenen als polnische Sau, ferner die Gewerkschaftsmitglieder als rote Hunde bezeichnet.

Gleich nach dem Termin äußerte einer von diesen Günstlingen der Firma: „Wenn die Firma verloren hätte, würden wir keine Zeugengebühren nehmen, da aber der Verband verloren hat, nehmen sie 1,50 RM pro Stunde, trotzdem feststeht, daß sie nicht entfernt an diesen Satz durchschnittlich herankommen.“

Im Büro der Firma ist die Stahlhelm-Selbsthilfe. Vielleicht zahlt diese noch etwas hinzu.

Der unberechtigte Bezug von Zeugengebühren wurde der Potsdamer Staatsanwaltschaft übergeben. Diese lehnte ein Vorgehen mit dem Bemerkten ab, daß diese Leute den obigen Satz verdienen konnten.

In gleicher Linie mit dieser gelben Schutztruppe des Unternehmers liegt auch das Verhalten der ebenso hochgezogenen Stahlhelmsgruppe der Berliner Firma Schneeweiß.

Diese Firma wurde von anderen Firmen wegen ihrer Schmutzkonkurrenz auf Grund der niedrigen Löhne heftig bekämpft. Als die Firma durch eine Klage verurteilt wurde, die Reichstariflöhne zu zahlen, erklärten die dort beschäftigten Stahlhelmer in einer Betriebsversammlung, daß sie auf die höheren Löhne verzichten, sie könnten dieses der Firma nicht zumuten.

Die Schmarotzer sind doch überall gleich.

Worte — Taten

Das Organ des Deutschen Sattler- und Tapezierer-Verbandes glaubt seinen Lesern folgenden Artikel zur Verdauung vorsetzen zu müssen:

„Durchdenke, was du tust. — Die Schöpfung durch sich selbst ist um so vollkommener je mehr man das durchdenkt was man tut.“

Diese Worte des großen französischen Philosophen H. Bergson haben wir alle schon oft erlebt.

Da gingen wir so oft irgendwo vorbei und entdeckten erst eines Tages zufällig eine Eigenart, eine Besonderheit, die wir sonst nie beachtet haben. Manches liegt da noch draußen um uns, das etwas bedeutet für uns, für unser geistiges und seelisches Wachstum. Die Augen auf und mit sozialem Herzen allem gegenüberstehen, was sich uns bietet.

So oft wird im Tun und Treiben heute unser tiefstes Ich noch nicht erfasst, unsere Seele ist nicht ergriffen. Wir sehen und denken und handeln veräußert, weil wir uns der großen Bedeutung dessen, was wir tun und treiben noch nicht bewußt sind. Das Selbst soll wachsen in die Tiefe hinein, in die Tiefe des Sozialen, Menschlichen, des Liebenden.

Durchdenke darum, was Du treibst und siehst, sei bei allem mit Deinem ganzen Herzen, und Du wirst reifer und tiefer und aus dieser Tiefe wirst Du verständig und liebend die Welt wandeln zum Bilde Deiner Erkenntnis.“

Kollegen des graphischen Gewerbes, das ist der Geist der freien Gewerkschaften im Jahre 1932. Mit solchen Worten glaubt man, die Mitglieder der freien Gewerkschaften zu beruhigen, damit sie nicht rebellieren gegen Lohnabbau, gegen Verelendung.

Das ist der Kampfgeist des Reformismus!

Die graphischen Arbeiter haben alle Veranlassung, einmal darüber nachzudenken, ob es nicht an der Zeit ist, Schluß zu machen mit diesen die Arbeiterschaft schädigenden Organisationen, die schon seit 1914 die Arbeiter immer wieder an das Kapital auslieferten, statt die Kraft ihrer Organisation gegen den Kapitalismus anzuwenden.

Ihr steht vor dem Abgrund, wollt Ihr nicht hinabstürzen, dann wird es Zeit, sich einzureihen in die revolutionäre Front, schafft Euch die machtvolle Organisation, in der Ihr selbst über Eure Geschicke bestimmt. Reiht Euch ein in die Front der revolutionären Industrie-Verbände.

Alle im graphischen Gewerbe Arbeitenden gehören in den Industrie-Verband für das graphische Gewerbe. Nicht Eiserner Front — nicht Nazifront, sondern revolutionäre Einheitsfront ist das Gebot der Stunde.

Bekanntmachung

Das Büro des Industrie-Verbandes für das graphische Gewerbe in Berlin S, Kommandantenstr. 63/64, III, ist für Auskunft in allen Betriebsangelegenheiten usw. Montags, Mittwochs und Freitags von 4—7 Uhr nachmittags geöffnet. Wir ersuchen die Kolleginnen und Kollegen, dieses genau zu beachten.

Der Vorstand.

Industriegruppe Verkehr

Alljährlich entstehen mit Beginn der Urlaubszeit Differenzen zwischen den bei der Eisenbahn beschäftigten Arbeitern und ihren Dienststellenverwaltungen über die Bemessung des nach § 22 LTV. zu gewährenden Urlaubs. Die Bemessung des Urlaubs richtet sich nach der ununterbrochenen Dienstzeit, die der unter den Lohnstarif fallende Arbeiter bei der Reichsbahn vollendet hat.

Der nach der Dauer der Beschäftigung errechnete Zeitpunkt, genannt Urlaubsjahr, umfaßt nach Ziffer 2 § 22 LTV. das Kalenderjahr.

Die Reichsbahn-Hauptverwaltung vertritt den Standpunkt, daß der Beginn des Urlaubsjahres zeitlich mit dem Beginn des Kalenderjahres zusammenfällt.

Wiederholt mußten sich die Arbeitsgerichte, selbst das Reichsarbeitsgericht, mit diesem Beginn des Urlaubsjahres befassen. Die trotzdem noch herrschende Unklarheit dürfte nach dem Urteil des Landesarbeitsgerichts Frankenthal vom 20. Oktober 1932 behoben sein.

Da dieses Urteil grundsätzliche Bedeutung hat und für alle Arbeiter von Interesse ist, bringen wir das bereits rechtskräftig gewordene Urteil in seinem Wortlaut.

Unter Beginn des Urlaubsjahres im Sinne der reichsarbeitsgerichtlichen Darlegung ist nach der Ansicht des Berufungsgerichtes nicht etwa der erste Tag des Urlaubsjahres, also schlechtweg der 1. Januar eines Kalenderjahres anzusehen, sondern im einzelnen Falle immer der erste Beschäftigungstag des Arbeiters im Urlaubsjahre, falls dieser erst im Laufe des Urlaubs-Kalenderjahres in Beschäftigung tritt.

Für den einzelnen Arbeiter ist der Tag der Wiedereinstellung der Beginn seines Urlaubsjahres, das sich für ihn mit dem Ablauf des Kalenderjahres erschöpft, in dessen Lauf der Wiederbeschäftigungsbeginn fällt.

Hat der Arbeiter in diesem Augenblick die erforderliche ununterbrochene Dienstzeit bereits zurückgelegt oder legt er sie noch im Laufe des Jahres zurück, so hat er für dieses Urlaubs-Kalenderjahr Anspruch auf den ihm nach seiner ununterbrochenen Dienstzeit erwachsenen vollen Urlaub.

Wir empfehlen den bei der Eisenbahn beschäftigten Arbeitern, so schwer verständlich dieses Urteil durch das Gerichtsdeutsch geworden ist, bei Anspruch auf Urlaub hierauf Bezug zu nehmen, das heißt, in allen Fällen, wo sie ein Jahr ununterbrochen gearbeitet haben, ihren Urlaubsanspruch geltend zu machen, da in dem Urteil steht, daß mit Ablauf des Kalenderjahres das Urlaubsjahr erschöpft ist, das heißt, wenn er für das Jahr bis Schluß des Kalenderjahres seinen Anspruch nicht geltend macht, er desselben verlustig geht.

Chauffeur-Bewegung

Neben den Polizeischikanen und Gefahren für Leben und Gesundheit führen die Berliner Kraftdroschenfahrer ein Hungerleben, das durch die Entscheidung des Schlichters endgültig festgelegt worden ist.

Nach diesem Schiedsspruch ist der tägliche Garantielohn von 4,50 RM auf 4,25 RM herabgesetzt worden und der prozentuale Anteil des Fahrers aus der Bruttoeinnahme von 33 1/2 Proz. auf 32 Proz. ermäßigt worden.

Die tägliche Urlaubsentschädigung wurde von 8,— RM auf 6,— RM reduziert, die Entschädigung für die sogenannten Reparaturstunden beträgt von jetzt ab nur noch 4,55 RM gegenüber 1,— RM früher.

Zur Erläuterung folgendes: Garantie und Prozentanteil gehören nicht zusammen.

Der Fahrer hat also 32 Proz. seiner Einnahme als Lohn zu erhalten. Beträgt der Anteil jedoch weniger als 4,25 RM, so hat der Unternehmer die Differenz zuzuzahlen.

Bei den heutigen Verhältnissen ist es schon ein Kunststück, wenn ein Fahrer eine Tageskasse von 15,— erreicht. In den meisten Fällen sind es nur 6,— oder 8,— Mark, so daß er also mit den 4,25 RM täglich durchschnittlich zu rechnen hat.

Von diesen 4,25 RM gehen natürlich noch die Sozialbeiträge ab.

Es gibt jedoch eine ganze Menge Firmen, die nicht einmal diese 4,25 RM auszahlen, die die Fahrer nur einstellen, wenn sie auf den Garantielohn verzichten.

Da die Fahrer oft stundenlang an einem Platz stehen, ehe sie einen Fahrgast haben, sollten sie diese Zeit benutzen, um einmal darüber nachzudenken, ob es nicht notwendig ist, sich in die revolutionäre Klassenfront einzureihen und sich gewerkschaftlich zu organisieren in der Industriegruppe Verkehr innerhalb des BRIV.

*

Der Schiedsspruch für das Berliner Schwer- und Leichtfuhrwerksgewerbe ist vom Schlichter für verbindlich erklärt worden.

Die Löhne für die Kutscher, Chauffeure und Zugmaschinenfahrer betragen daher jetzt wöchentlich 53,96 RM, für Arbeiter und Mitfahrer 50,— RM. In die Löhne der Kutscher ist die Vergütung für die Pferdepflege eingeschlossen.

Wichtige Bestimmungen über die Wartezeiten in der Invalidenversicherung

Die Notverordnung vom 8. Dezember enthält wichtige, sehr oft für die Arbeiterschaft nachteilige Bestimmungen, über die die Tagespresse im allgemeinen nicht berichtet hat. Eine wichtige Aenderung ist die Verlängerung der Wartezeit. Es handelt sich um die Anzahl der geklebten Marken, die notwendig ist, um eine Rente zu erhalten.

Wer Beiträge auf Grund einer Versicherungspflicht, das heißt Beiträge durch ein Arbeitsverhältnis geleistet hat, muß, wenn er Invalide wird, mindestens 250 Beitragswochen (bisher 100) entrichtet haben. Sind weniger als 250 Pflichtbeiträge entrichtet, daneben aber freiwillige Beiträge, so beträgt die Wartezeit 500 Beitragswochen.

Noch schärfer ist die Bestimmung für diejenigen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und die sogenannte Altersinvalidenrente beanspruchen. Solche Arbeiter müssen jetzt eine Wartezeit von 750 Wochen oder 15 Jahren zurückgelegt haben, wobei es nicht darauf ankommt, wieviel Pflicht- oder freiwillige Beiträge entrichtet worden sind. Gerade die letzte Bestimmung ist für viele eine ungeheuerliche Härte, wer z. B. selbständig war oder aus einem anderen Grunde nicht in versicherungspflichtiger Arbeit stand und z. B. mit seinem 58. Lebensjahr versicherungspflichtige Arbeit begonnen hat, erhält jetzt nicht nach Vollendung des 65., sondern erst nach Vollendung des 73. Lebensjahres, wenn er in dieser Zeit laufend Beiträge geklebt hat, eine Rente.

Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telefon: A 7 Dönhoff 8110

„Ich verbiete“

Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. . . Niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht. Eine Zensur findet nicht statt.

(Weimarer Verfassung, Artikel 118.)

So steht es geschrieben in der Weimarer Verfassung und so wird es sogar in den Schulen gelehrt. Deutschland ist die freieste Republik der Welt und gewährt seinen Bewohnern jegliche Bewegungsfreiheit, das heißt, immer nach dem Wortlaut der Verfassung. Die raube Wirklichkeit sieht aber wesentlich anders aus, als die Erzählung im Märchenbuche uns glauben machen möchte. Von wirklicher Freiheit keine Spur, und überall, wo man steht und geht, guckt und spuckt, Verbote und nichts als Verbote. Die Zustände, wie sie in dieser Beziehung gegenwärtig bestehen, spotten jeder Beschreibung, und es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß dies Diktaturzustände sind. Erbärmliche Feiglinge, die das sehen und doch verleugnen. Widrige Kreaturen, elende Heuchler, die trotz besserer Erkenntnis dem Volke mit lügnischen, süßlich-dummen Redensarten die Wahrheit zu verdecken suchen. Aber die Sprache der nackten Tatsachen läßt sich nicht unterdrücken; sie ist viel zu eindringlich, als daß sie nicht verstanden werden könnte. Und Tatsache ist, daß es faktisch keine Pressefreiheit mehr gibt, wenigstens soweit es die proletarische Presse anbelangt. Dies beweisen zur Genüge die in den letzten Monaten ausgesprochenen Verbote, welche über die verschiedensten Arbeiterzeitungen verhängt wurden. So hat man vor einigen Wochen die „Arbeiterstimme“, das Organ der KAPD und den „Kampfruf“ der Syndikalistin auf mehrere Monate verboten, weil diese Zeitungen irgendwelche Artikel brachten, die der herrschenden Clique nicht paßten. Neuerdings, und zwar am Montag, dem 15. Februar 1932, hat man die „Rote Fahne“ auf die Dauer von 14 Tagen verboten. Und der Grund dieses Verbotes? Der ist so unergründlich, daß man ohne besondere Hilfe eines Paraphrastauchers ihn nicht finden kann. Eine so jämmerliche und lendenahme Begründung, wie sie zum Verbot der „Roten Fahne“ gegeben wird, ist wohl selten zu finden, und beim Lesen dieser „Verbotsgründe“ wird man das Gefühl nicht los, das einem beim Anhören eines Stotterers überkommt, der gern möchte und nicht kann. Warum hat man sich aber diese Blöße gegeben, warum hat man ohne besondere Gründe eine Arbeiterzeitung verboten? Weil zu den kommenden Wahlen ihre Sprache gefürchtet wurde, weil man auf der Gegenseite Angst hat wegen Bekanntheit verschiedener Wahrheiten. Wer ist in diesem Falle die Gegenseite, und welches sind die Wahrheiten, deren Verbreitung gefürchtet werden? Es ist die SPD., die fürchtet, daß ihr hundsgemeines und falsches Spiel, das sie mit den Arbeiterinteressen treibt, enthüllt wird und dadurch den Arbeitern die Augen geöffnet werden könnte. Nachdem bei den letzten Präsidentschaftswahlen die SPD. selbst erklärt hat, daß Hindenburg der Vertreter der Reaktion sei und daß kein Arbeiter seine Stimme für Hindenburg abgeben dürfe, ist es für die SPD. allerdings keine Kleinigkeit, in diesem Jahre ihre Wählermassen so zu belügen, daß sie Schwarz für Rot ansehen. Und diese Lügenkampagne soll nicht gestört, dieser Kuhhandel hinter den Kulissen soll nicht entlarvt werden. Doch alle Bemühungen der SPD., ihren neuen Schandstreich zu vertuschen, sind vergebens. Bereits haben große Teile der Arbeiterschaft erkannt, was die SPD. in Wirklichkeit ist und welchen Zweck die Hindenburg-Parole verfolgt. Die Arbeiter wissen, daß derjenige, der zur Wahl eines Reaktionärs aufruft, selber ein Reaktionär, ein Konterrevolutionär ist, daß seine Bestrebungen, der Reaktion zum Siege zu verhelfen, vereitelt werden müssen. Alle „Errungenschaften der Revolution“ von 1918 hat die SPD. im Laufe der Zeit preisgegeben. Nichts ist uns verblieben als die bittere Erkenntnis, daß im Gewande der Sozialdemokratie ein Wolf im Schafspelz sich versteckte und daß die ganze Sippe der sozialdemokratischen Führer ganz gemeine Verräter waren und sind, die um klingenden Lohnes wegen die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands an das Unternehmerkapital auslieferte. Die Schande ihrer blutigen Henkershilfe bei der Niederknüpfung der proletarischen Freiheitsbewegung, die Schande der Begünstigung des mordgierigen Faschismus, wird durch kein Presseverbot ausgewischt, durch keine noch so großen Lügen aus der Welt geschafft werden können. Ewig und unauflöslich bleibt das Kainszeichen des Brudermordes auf der Stirn der Sozialdemokratie, bis der Tag kommt, an dem die Flammen der Revolution den verwesenden und stinkenden Leichnam der Sozialdemokratie zu Asche verbrennen wird. Daran wird kein Verbot etwas ändern können. Und was wir tun können, um diesen Tag so bald als möglich zu erleben, werden wir tun. Möge die Sozialdemokratie in trauriger Gemeinschaft mit den Stellen „Höheren Orts“ ihr „Ich verbiete“ erlassen. Uns ist dies ein Zeichen ihrer Schwäche und Angst, ein Gradmesser unserer Stärke. Nur um so fester werden sich die Reihen des Proletariats schließen, vorwärts zum Siege. Trotz allen „Ich verbiete“ wählt Thälmann, den Kandidaten der Arbeiter.

Kräfte, die brach liegen

Wohin man heute in der Welt sehen mag, überall herrscht Elend und Not. Millionen und aber Millionen darben, leiden Mangel an den wichtigsten, zum Leben notwendigen Dingen, obwohl Mutter Erde uns überreichlich mit allem bedacht hat, was wir zum Leben gebrauchen. Schuld daran, daß dem so ist, trägt die heutige, irr- und widersinnige kapitalistische Wirtschaftsordnung, die alle Gesetze der Vernunft mit Füßen tritt, alles und jedes nur nach dem Profit wertet, blühende Landschaften in Wüsteneien verwandelt, wenn sich eine weitere Bearbeitung nicht „rentiert“, die Menschheit mit Krieg überzieht und ganze Völker vernichtet und ausrottet, weil es das Profitinteresse erheischt. Millionen sonst fleißiger Hände sind zur Untätigkeit verdammt, weil es den Kapitalisten gefällt, Hochöfen und Fabriken stillzulegen, da aus den noch in Betrieb befindlichen Werken genug Profit geschunden wird, der seinen Gewinnern ein annehmbares Leben in ausreichendem Maße gewährleistet. Und während die Besitzenden, die Bourgeoisie, in Saus und Braus leben, herrliche Feste feiern und sich's in allem wohl sein läßt, hungert das Volk. Und warum? Weil die Herrschenden die hergestellten Güter für sich in Anspruch nehmen und es nicht dulden, daß mehr erzeugt wird,

damit ja nicht die Schaffenden in den Genuß, in den Besitz dessen kommen, was das Leben angenehm und schön gestaltet. Es ist absurd zu glauben, daß dieser Zustand in nächster Zeit geändert werden könnte, solange wir uns nicht ganz energisch mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine derartige, hundsgemeine Ausbeutung zur Wehr setzen. Freiwillig weichen nun mal eben die Kapitalisten nicht von ihren, durch Gaunereien erworbenen Besitztümern, geben die Machtpositionen nicht auf, wenn wir sie nicht dazu zwingen. Und dies wird gewiß nicht leicht sein, da ja auch die Herrschenden sehr wohl wissen, daß der Tag der Auseinandersetzung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten kommen wird und sich zum Widerstande rüsten. Und da diese Auseinandersetzung einen schweren Kampf kosten wird, müssen auch wir, die Unterdrückten, alle Hebel in Bewegung setzen, damit wir aus diesem Kampfsiege reich hervorgehen. Da können und dürfen wir uns nicht den Luxus erlauben, große Teile unserer besten Kräfte und Energien unausgenutzt liegen zu lassen, wie es hinsichtlich der Heranziehung und Einbeziehung der Erwerbslosen in die Front des Klassenkampfes geschieht. Welch ungeheure Menge an revolutionärer Energie und Tatkraft haben wir in den Reihen der Arbeitslosen, welche ein Riesereservoir an Klassenkampfkräften. Doch unbeachtet sind bis jetzt diese für die Revolution wichtigen Werte liegengeblieben. Warum hat man verabsäumt, das Riesener der Arbeitslosen in die Klassenkampf front einzubeziehen? Ist die Aktivisierung und Mobilisierung der Erwerbslosen so schwer? Sind vielleicht die Arbeitslosen, da sie infolge ihrer langen Arbeitslosigkeit nicht mehr mit dem Produktionsprozeß verbunden und demgemäß der Unternehmerpeitsche anscheinend nicht direkt ausgesetzt sind, an dem Kampf gegen die Ausbeuter desinteressiert? Keineswegs. Die übergroße Mehrheit der Erwerbslosen ist klassenbewußt revolutionär eingestellt und verfolgt mit äußerstem Interesse und angespanntester Aufmerksamkeit alle Vorgänge am politischen Horizont. Die Diskussionen auf den Nachweisen und Stempelstellen beweisen dies. Nur ein oberflächlicher Beobachter wird die Behauptung aufstellen, die Arbeitslosen stünden abseits der Klassenbewegung und seien indifferent. Dieses Abseitsstehen, diese Zurückhaltung ist nur eine scheinbare und ist eine Folge der Unterlassungsünden, welche sich die Arbeiterorganisationen gegenüber den Erwerbslosen haben zuschulden kommen lassen.

Zwar hat die Kommunistische Partei wiederholt schwache Versuche unternommen, die Massen der erwerbslosen Arbeiter zu gewinnen. Doch diese Versuche schlugen fehl und mußten fehlschlagen, weil die von der KPD angewandten Methoden und Taktiken völlig unzulänglich und untauglich waren. Die von der Partei gebildeten Erwerbslosenausschüsse sind vollkommen aktionsunfähig, da diese Gebilde innen hohl, untereinander oftmals uneinig sind und keinen nennenswerten Einfluß auf die Massen besitzen. Darüber können keine Riesenüberschriften in den Parteizeitungen und keine Erfolgs-Bulletins hinwegtäuschen.

Die Erklärung, weswegen die Erwerbslosen so wenig auf die Versuche der Partei reagieren, ist sehr einfach. Durch jahrelange Arbeitslosigkeit gezwungen, alle Stadien des Hungerdaseins durchzuschreiten, ist heute der Arbeitslose auf einem Punkt angelangt, wo er, eingedenk aller erlittenen Unbill und Enttäuschungen jeden sich ihm Nähernden mißtrauisch begegnet und aufs schärfste prüft. Die in den Jahren gemachten Erfahrungen sowie die in den unfreiwilligen Mußestunden durch Studium erworbene Kenntnisse befähigen den Arbeiter in viel größerem Maße als früher, Wahrheit und Dichtung, Aufrichtigkeit und Demagogie, Wert und Unwert zu unterscheiden. Und diesen geistig so entwickelten Arbeitern eine Parteilinien-Meinungszwangsjacke anzulegen, hält schwer. Das aber hat die Partei bisher immer versucht, indem sie die Erwerbslosen zwingen wollte, nach ihren Wünschen und Befehlen zu handeln, was man doch nicht gut bei Nichtmitgliedern verlangen und durchsetzen kann. Da also die Partei bisher nicht verstanden hat, die im Heer der Erwerbslosen schlummernden Kräfte zu wecken, müssen es sich die revolutionären Gewerkschaften zur besonderen Aufgabe machen, hier das Versäumte nachzuholen und die gemeinsame Front zwischen Erwerbslosen und Betriebstätigen herzustellen. Nie und nimmer darf die Erwerbslosen-Bewegung sich selbst überlassen bleiben. Wenn auch, angesichts der Unfähigkeit und des bösen Willens der Bourgeoisie auf eine baldige Beseitigung der Erwerbslosigkeit nicht gerechnet werden kann, wird aller Voraussicht nach trotzdem ein großer Teil der heute auf dem Straßendam Liegenden so nach und nach in die Betriebe zurückzukehren, d. h. ausgewechselt werden gegen die, die sich in den Betrieben bisher befunden haben. Ist nun die Bearbeitung der Erwerbslosen richtig vorgenommen worden, hat man es verstanden, sie zu aktivieren und zu organisieren, so hat man gleichzeitig einen Schritt vorwärts getan in der Eroberung der Betriebe. Darum also:

Schenkt der Erwerbslosen-Bewegung mehr Aufmerksamkeit. Sucht neue Formen zur restlosen Erfassung aller Erwerbslosen. Macht die Nachweise und Stempelstellen zu wirklichen Schulen des Klassenkampfes, zu Schulen des Kommunismus und ihr schafft neue Stützpunkte der Revolution.

Neue Gesetze zur Knebelung der Arbeiter?

Nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter hat sich der Arbeitsminister Stegerwald geäußert, die mit Hilfe der Notverordnung zwangsweise verlängerte Amtstätigkeit der Betriebsräte mit allen Mitteln durchzuführen. Nötigenfalls durch Erlaß entsprechender Gesetze.

Diese Äußerung richtet sich in der Hauptsache gegen die Bestrebungen revolutionärer Arbeiter, durch die Niederlegung ihres Betriebsräteamtes eine Neuwahl der Betriebsräte zu erzwingen.

Beendigung des Hennigsdorfer Streiks.

Am Montag, dem 15. Februar, ist der Streik der Hennigsdorfer Walzwerksarbeiter nach mehrwöchiger Dauer beendet worden. Den Arbeitern ist es nicht gelungen, den Angriff des Unternehmers zurückzuschlagen. Die von seiten der Christen und auch des DMV. unternommene Streikbruchaktion hat die Einheitlichkeit der Streikfront zerbrochen. Durch die Phrasen der berufsmäßigen „Arbeiterführer“ ließen sich Teile

der Kollegenschaft verleiten, zu früh in die Betriebe zurückzukehren. Dadurch wurde der Unternehmer in die Lage versetzt, seine notwendigsten Arbeiten verrichten zu lassen, wodurch der Kampf der übrigen Belegschaft illusorisch wurde.

Weiter muß festgestellt werden, daß der EVMB., auf dessen Drängen der Streik ausgelöst wurde, mehr als leichtsinnig gehandelt hat. Denn während der ganzen Dauer des Streiks haben sich Abteilungen des Walzwerkes in Arbeit befunden, und es kann nicht verschwiegen werden, daß hier der EVMB. versagt hat. Soll heute eine im Streik befindliche Belegschaft ihren Kampf gewinnen, dann muß dafür Sorge getragen werden, daß das gesamte Werk restlos stillgelegt wird. Ist dies nicht möglich, sind die Belegschaftsmitglieder nicht restlos für den Streik zu gewinnen, dann ist es schon im Vorhinein ziemlich sicher, daß der Kampf ein aussichtsloser ist. Ein weiterer Fehler des EVMB. ist der, daß er sowohl den Unorganisierten wie überhaupt jedem am Streik sich beteiligten Arbeiter eine Unterstützung versprach und dieses Versprechen zuletzt nicht einlösen konnte. Gewiß wollen wir nicht die Bemühungen der IAH. verkennen, aber was nützt einer Arbeiterfamilie, deren Ernährer sich im Streiko befindet und infolgedessen nichts verdient, eine einmalige Speisung am Tage. Bei der Einstellung großer Teile der Arbeiterschaft und besonders der Arbeiterfrauen, die durchaus verständlich ist, muß bei einer Streikunterstützung das Hauptaugenmerk auf die Gewährung einer finanziellen Unterstützung gerichtet werden. Man darf aber niemals den Arbeitern, nur um sie für den Kampf zu gewinnen, falsche Versprechungen machen, deren Einlösung nicht möglich ist. Sonst kommt es so, wie es in Hennigsdorf gekommen ist.

Der IVfM. marschiert

In einer Zusammenkunft der in Königswusterhausen und Umgegend wohnenden Mitglieder des IVfM. wurde der Beschluß gefaßt, eine Ortsgruppe zu errichten. Es wurde ein Plan aufgestellt, demzufolge am 19. März eine allgemeine Versammlung sämtlicher Metallmitglieder stattfinden und die Wahl einer Ortsgruppenleitung erfolgen soll. Der Kollege Ferdinand Hoffmann hat sich bereit erklärt, bis zu diesem Zeitpunkt die notwendigen organisatorischen Vorarbeiten einzuleiten. Außerdem wurden in der am 18. Februar abgehaltenen Besprechung die Beziehungen des IVfM. zum Bund revolutionärer Industrieverbände klargestellt. Bei dieser Besprechung wurde festgestellt, daß noch vielfach Unklarheit herrscht in bezug der Auszahlung von sogenannten Notstandsunterstützungen. Allgemein wurde die Ansicht geäußert, daß die von gewisser Seite versuchte Einschleppung von reformistischen Methoden, wie es die Einrichtung von Erwerbslosenunterstützungen ist, abzulehnen sei. Weiter ist man der Ansicht, daß in Zukunft die Bundesleitung bei Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse einzuschreiten habe. Die Aussprache zeigte, daß die Kollegen in Königswusterhausen gewillt sind, recht rege und mit allen Kräften für den Ausbau des Industrieverbandes für das Metallgewerbe zu wirken.

Weiter so, Kollegen, und wir werden das uns gesteckte Ziel erreichen.

Achtung, Jugendliche!

Für die jugendlichen Mitglieder, aller dem Bund angeschlossenen Organisationen und Gruppen findet am Mittwoch, dem 16. März, abends 7 Uhr, im Sitzungszimmer des IVfM. Berlin, Brückenstr. 8, II Treppen, eine äußerst wichtige Versammlung statt, zu der wir alle Jugendlichen dringend ersuchen, bestimmt zu erscheinen.

I. A.: Der Vorstand, Jugendsektion.

Sozialer Rückschritt um Jahrzehnte

Die reformistischen Apologeten des Kapitalismus haben das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der Sozialpolitik genannt. Im Jahre 1931, nach knapp 50 Jahren deutscher Sozialversicherung, stehen wir an der Krise des Sozialismus, am Ende der Sozialpolitik. Die soziale Gesetzgebung, die 1888 im eigenen Interesse des Kapitalismus geschaffen wurde, ist durch die Notverordnungen des letzten Jahres in wesentlichen Bestandteilen so gut wie aufgehoben worden. Heute treten die Bestimmungen der Notverordnung vom 8. Dezember in Kraft, durch die in der Krankenversicherung sämtliche Mehrleistungen gestrichen werden, so daß für die große Mehrzahl der Versicherten ein allgemeiner Abbau der Leistungen bis zu 50 Prozent eintritt. Die Krankenunterstützung, die nach den Statuten der Kassen teilweise 75 Prozent des Grundlohnes betragen haben, werden auf 50 Prozent gesenkt, ebenso die Dauer der Unterstützung. Die Wochenhilfe, die von der Sozialdemokratie als ganz große Errungenschaft ihrer Sozialpolitik gefeiert wurde, wird ebenfalls einem neuen erheblichen Abbau unterzogen. Mit dem heutigen Tage verlieren mehr als 400 000 Unfallrentner ihre Rente. Und die Neuregelung der Invalidenversicherung, die am 1. Januar ebenfalls in Wirksamkeit gesetzt wurde, bedeutet einen Rückschritt bis in das vorige Jahrhundert. Von der deutschen Sozialversicherung, die der Sozialdemokrat und Gewerkschaftsführer Tarnow noch in Leipzig auf dem Parteitag der SPD. als bereits im Kapitalismus verwirklichten Sozialismus gefeiert hat, ist mit Unterstützung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften kaum noch etwas übrig geblieben. Das ist die Bilanz der Sozialversicherung, durch die allein mit der letzten Notverordnung der werktätigen Bevölkerung den Kranken und den Alten erneut mehrere Hundert Millionen geraubt wurden.

Bekanntmachung!

Allen Mitgliedern des Bezirks Osten zur Kenntnis, daß künftighin die Ausgabe von schwarzen Marken im Lokal von Eisenberg, Rüdersdorfer Ecke Fruchtstraße, und im Lokal von Hellwig, Katinerstraße 20, erfolgt. Dortselbst erhalten die Kollegen auch ihre Zeitung.

Schiffbau-Industrie-Verband

Zentrale: Berlin-Lichtenberg, Mozartstraße 7, pt. Telephon: E 5 Lichtenberg 3349

Deutsche Patrioten

Letztlich konnten wir von der Absicht der so national sich aufspielenden deutschen Unternehmer berichten, ihre Werke ins Ausland zu verlegen. Die Absicht ist unterdessen in einer Anzahl von Fällen Tatsache geworden. Die Wirtschaftspresse berichtet: Eine Solinger Messerwarenfabrik verlegt ihren Betrieb nach Barking an der Themse. Eine Sackfabrik aus Offenbach errichtet ein Werk in London. Eine Munitionsfirma aus Suhl geht nach Nottingham-Colwick (England), eine Handtaschenfabrik aus Berlin nach Manchester und London; eine elektrotechnische Fabrik (Schwachstrom) nach Slough in England, eine Strumpffabrik nach Nottingham, eine Edelfabrik errichtet eine Fabrik mit etwa 500 Arbeitern in Rotherham (England). Nebenbei bemerkt, auch die Strelbelwerke in Mannheim (Radiatoren und Kesselwerk) wandern aus, und zwar nach Schweden. Wilhelm von Doorn prägte einmal das Wort von den vaterlandslosen Gesellen (er meinte damit — und tat ihr bitter Unrecht — die deutschen Sozialdemokraten). Wenn aber einmal dieses Wort angebracht wäre, hier könnte man es gebrauchen in bezug auf dieses Unternehmertum, das in der Jagd nach dem Profit weitere Zehntausende von deutschen Arbeitern dem Hungertode preisgibt.

Neuer Wohlfahrtsabbau

Der Magistrat der Stadt Berlin gibt bekannt, daß ab 1. März die Wohlfahrtsunterstützung wiederum abgebaut wird, nachdem erst am 1. Februar eine Kürzung der Unterstützungssätze erfolgt ist.

In der gehobenen Fürsorge wird der monatliche Richtsatz, der im Februar 44 RM betrug, auf 42 RM herabgesetzt. Ebenfalls um 2 RM wird auch der Richtsatz für Ehepaare, der bisher 61,50 RM betrug, gesenkt.

In der allgemeinen Fürsorge bleibt es, soweit es sich um alleinstehende Unterstützungsempfänger handelt, bei den bisherigen Sätzen, allgemein aber werden sowohl in der allgemeinen wie auch in der gehobenen Fürsorge Kinderzuschläge herabgesetzt, und zwar für Kinder bis zum Alter von 6 Jahren von 13 auf 12 RM, und im Alter von 6 bis 16 Jahren von 15 auf 14 RM.

In der Erwerbslosenhilfe verbleibt es zwar, soweit Ehepaare in Frage kommen, bei dem bisherigen monatlichen Richtsatz, doch wird bei den alleinstehenden Unterstützungsempfängern der monatliche Richtsatz von 44 auf 42 RM gesenkt. Auch die Kinderzuschläge werden in gleichem Maße wie in der allgemeinen und gehobenen Fürsorge um je eine Reichsmark herabgesetzt.

Durch diesen neuen Abbau werden etwa eine halbe Million Menschen betroffen, die schon jetzt kaum wissen, wie sie sich noch von einem zum anderen Tag durchhungern sollen. Besonders stark hat der Magistrat diesmal die Sozial- und Kleinentner und jene Unterstützungsempfänger beschnitten, die Kinder zu ernähren haben.

Berechnung der Bürgersteuer

Aus verschiedenen Zuschriften entnehmen wir, daß in vielen Fällen eine höhere Bürgersteuer gefordert wird, als der Betreffende nach dem Gesetz zu zahlen hat. Die Berechnung der Bürgersteuer hat vom einkommensteuerpflichtigen Einkommen zu erfolgen. Einkommensteuerpflichtig ist aber nicht das ganze Einkommen, sondern nur der nach Abzug der steuerfreien Beträge verbleibende Teil. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen sind für alle Arbeiter und Arbeiterinnen steuerfrei 1220 Reichsmark im Jahr (720 RM steuerfreier Betrag und 500 RM für Werbungskosten und Sonderleistungen laut der Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer vom 1. Oktober 1931). Diese 1220 RM sind vom Jahresarbeitsverdienst abzuziehen und nur der verbleibende Teil kommt für die Bürgersteuer in Frage.

Angenommen: ein Arbeiter verdiente 1930 (im allgemeinen wird das Einkommen im Jahre 1930 der Berechnung der Bürgersteuer für 1931, also der Steuer, die jetzt zu zahlen ist, zugrunde gelegt) insgesamt 2400 RM. Dann ist nicht diese Summe zu versteuern, sondern der Betrag von 1180 RM (2400 minus 1220 gleich 1180 RM). Der ledige Arbeiter hat dann in Gemeinden, die 100 Prozent des reichsgesetzlich vorgeschriebenen Bürgersteuersatzes erheben, nicht 6 RM, sondern nur 3 Reichsmark zu zahlen, und wenn er verheiratet ist, nicht 9 RM, sondern nur 4,50 RM. In Gemeinden mit 300 Prozent Bürgersteuer sind es im ersten Falle statt 18 RM nur 9 RM und im zweiten Falle statt 27 RM nur 13,50 RM.

Die Arbeiter werden gut tun, ihre Steuerkarte sofort daraufhin zu prüfen, ob ihre Bürgersteuer richtig berechnet ist. Ist das nicht der Fall, so haben sie bei der zuständigen Gemeindebehörde sogleich Einspruch zu erheben.

Bürgersteuersenkung bei Kurzarbeitern

Der Magistrat gibt mit Wirkung vom 10. Februar 1932 folgendes bekannt: Ist auf der Steuerkarte 1932 der Jahresbetrag der Bürgersteuer mit 18 RM oder mehr angefordert, so hat der Arbeitgeber nur die Hälfte des fälligen Teilbetrages einzubehalten, falls der Arbeitnehmer an dem betreffenden Zahltag wegen geringen Arbeitslohnes Lohn- bzw. einkommensteuerfrei bleibt.

Bei den mit 9 RM und 13,50 RM herangezogenen Lohnsteuerpflichtigen ändert sich nichts, da sie bereits wegen Mindesteinkommen im Jahre 1931 für 1932 nur mit dem halben Betrage der niedrigeren Bürgersteuer herangezogen sind.

Deutsche Seehandelsflotte und Steigerung der Welthandelsflotte

Nach den Ausweisungen des Statistischen Reichsamtes bestand die deutsche Seehandelsflotte am 1. Januar 1931 aus 3913 Schiffen mit einem Raumgehalt von 4 364 000 Bruttoregistertonnen gegen 3939 Schiffe mit 4 242 000 Bruttoregistertonnen im Vorjahre. Während die Zahl der Schiffe um 26 gesunken ist, stieg der Raumgehalt um 122 000 Bruttoregistertonnen.

Die Verschiebungen des Anteils der einzelnen Schiffsgattungen an dem Gesamtbruttoregistertonnengehalt geht daraus hervor, daß der Anteil der Motorschiffe von 1927 bis 1931 von 7,8 Prozent

auf 12,4 Prozent gestiegen ist, dagegen der Anteil der Dampfschiffe von 83,6 auf 82,1, der der Segelschiffe von 5,2 auf 3,4 und der der Seeleichter von 3,4 auf 2,1 Prozent gefallen. Das Alter der Schiffe betrug bei 858 über 30 Jahre, 1101 von 20 bis 30 Jahren, bei 919 von 10 bis 20 Jahren, bei 639 von 5 bis 10 Jahren und bei 396 unter 5 Jahren.

Der Bestand der Welthandelsflotte an Dampf- und Motorschiffen betrug nach diesen Angaben am 1. Juli 1931 29 952 Schiffe mit 68 723 000 Bruttoregistertonnen Raumgehalt gegen 29 996 Schiffe mit 68 024 000 Bruttoregistertonnen am 1. Juli 1930. Die Abnahme der Schiffszahl beträgt 44, die Zunahme des Raumgehalts 699 000 Bruttoregistertonnen. Setzt man den Raumgehalt der Schiffe im Jahre 1914 gleich mit 100 fest, so stieg der Schiffsraum bis 1931 in den Vereinigten Staaten auf 363, in Japan auf 250, Niederlande auf 208, Italien auf 200, Norwegen auf 163, Frankreich auf 154, Schweden auf 152, Dänemark auf 140 und Großbritannien auf 105. In Deutschland fiel er auf 78.

Achtung, Jugendliche!

Für die jugendlichen Mitglieder, aller dem Bund angeschlossenen Organisationen und Gruppen findet am Mittwoch, dem 16. März, abends 7 Uhr, im Sitzungszimmer des IVföB, Berlin, Brückenstr. 8, II Treppen, eine äußerst wichtige Versammlung statt, zu der wir alle Jugendlichen dringend ersuchen, bestimmt zu erscheinen.

I. A.: Der Vorstand, Jugendsektion.

Politik des Wahnsinns

Aus neuesten Meldungen über den Kampf der Regierung Brasiliens gegen den Kaffeeüberfluß stellen wir folgendes Bукett zusammen: Die Stadtverwaltung Santos hat beschlossen, 1 Million Sack Kaffee als Brennmaterial in den städtischen Gaswerken zu verheizen. — Der brasilianischen Regierung ist abermals ein Verfahren für Umwandlung von Kaffee in Gas vorgelegt worden. Nach dem Verfahren sollen aus je 100 Kilogramm Kaffee 36 Kubikmeter Gas produziert werden. — Die Finanzierung der brasilianischen Kaffeeverbrennung im großen ist gesichert. Die Bank von Brasilien hat dem Nationalen Kaffeerat einen Kredit von insgesamt 600 000 Contos zu diesem Zwecke eingeräumt. Davon dienen 400 000 Contos zur Bezahlung der inneren Kaffeevorräte, 100 000 Contos für Aufkauf und Bezahlung der neuen Ernte 1931-32 und 100 000 für Stützungskäufe in Ausfuhrhäfen. — Der brasilianischen Regierung wurde ein Plan unterbreitet, wonach 400 Millionen Kaffeebäume, die durch den Kaffeekäfer mehr oder weniger beschädigt sind, vernichtet werden sollen. Den Pflanzern wird für diesen Schaden Entschädigung gewährt. Da der Gesamtbestand an Kaffeebäumen auf etwa eineinviertel Milliarden geschätzt wird, so muß die Vernichtung von 400 Millionen Bäumen zu einem erheblichen Rückgang der Produktion führen. — Die Stätte der Massenvernichtung von Kaffee ist der einige Kilometer von Santos entfernte Ort Alemao. Der Kaffee wird dorthin in langen Güterzügen, von denen jeder Waggon 450 Sack faßt, transportiert. Er wird dann in einer Länge von eineinhalb Kilometern rechts und links von der Eisenbahnlinie aufgeschüttet, und zwar in einer Breite von acht Metern an jeder Seite. Wie die Praxis in Brasilien gezeigt hat, verbrennt Kaffee ohne Hinzutun irgendwelcher Brennstoffe, entwickelt beim Verbrennen verhältnismäßig wenig Qualm und hinterläßt nur wenig Aschenreste. — Kein Wort ist notwendig, die um die aufreizende Tatsache näher zu kennzeichnen, daß diese Vernichtung eines hervorragenden Genußmittels bei größtem Verbrauchermangel möglich ist. — Die kapitalistische Welt ist wirklich eine fein „organisierte“ Wirtschaft. Millionen Zentner Kaffee verbrennt man wie Kohle, um damit die Retorten und Kammeröfen der Gaswerke zu heizen, und Millionen Kaffeebäume werden umgehauen, weil das kaffeereiche Land Brasilien sonst nicht weiß, was es mit dem großen Segen anfangen soll. Auf der anderen Seite aber müssen Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter sich mit elendester Zichorienbrühe behelfen, weil die kapitalistische Wirtschaft ihnen den Kaffee für Trinkzwecke durch unbezahlbare Preise vorenthält. Diese Wirtschaft soll aber durch die bessere sozialistische nicht ersetzt werden. So will es der Kapitalismus und so wollen es die Nazis, die sich trotzdem Sozialisten nennen.

Zwangsarbeit im britischen Weltreich

Eigentlich sollte das Beispiel Großbritanniens von allen Währungsentwertungsplänen abhalten, denn das Verlassen der Goldbasis hat England kaum wirtschaftlichen Nutzen (freilich politischen in Gestalt von Unabhängigkeit von der Bank von Frankreich) gebracht. Das Maß der Schwierigkeiten, mit denen das britische Weltreich zu kämpfen hat, wird erst klar, wenn man sieht, mit welchen Mitteln einzelne Staaten ihre Wirtschaft in die Höhe zu bringen versuchen. Der ägyptische Wirtschaftsbericht der Dresdner Bank vom Januar 1932 bringt dafür einen interessanten Hinweis. Es heißt darin: „Die (ägyptische) Regierung beabsichtigt, die bereits bestehende Seifenfabrik bedeutend zu vergrößern und ihre jährliche Produktion auf eine halbe Million Kilogramm zu steigern; zur Arbeit sollen Sträflinge herangezogen werden.“ Wird nun in der englisch-geschriebenen Presse wieder ein solcher Lärm entstehen, wie seinerzeit bei den Lügennachrichten über die Zwangsarbeit in der Sowjetunion? Nein, man wird kein Wort darüber verlieren. So wenig wie darüber, daß in Tat und Wahrheit die Mehrheit der indischen Völker Zwangsarbeit für England verrichtet. Man muß die Tatsachen nur zu deuten wissen. Wenn jetzt gemeldet wird, daß die Imperial Bank of India ihren Diskontsatz von 8 auf 7 Prozent herabgesetzt hat, so heißt das nichts anderes, als daß man noch mehr indisches Gold aus dem Lande herausziehen will — wie das seit Wochen geschieht —, um auf diese Weise den Kurs des englischen Pfundes zu stützen. Diese Goldausfuhr aber bedeutet für Indien Preissteigerung, Lohnherabsetzung und, gemessen an den tatsächlichen sozialen Verhältnissen des Landes, Zwangsarbeit der indischen Proletarier.

Wohin rollst du, Talerchen?

Die Reeder der Tram-Schiffahrt, das sind jene Dampfer, die keinen regulären Touredienst machen, sondern nur fahren, wenn sie Aufträge für Fracht bekommen, haben an das Reichsverkehrsministerium Subventionsgesuche in Höhe von 11 Millionen Mark gerichtet. Sie begründen diese damit, daß sie durch die englische Pfundentwertung und das Fallen der skandinavischen Valuta, sowie durch die Butter- und Holzölpolitik Deutschlands keine Frachten erhalten und sich daher in größter Notlage befinden.

Das Reichsverkehrsministerium hat nun diesbezüglich ein Projekt ausgearbeitet, für das etwa 4 Millionen RM vorgesehen sind. Nach diesem soll für das Abwracken von Schiffen pro Tonne abgewrackten Schiffsraums 30,— RM gezahlt werden. (Der reine Marktpreis ist 6,— RM pro Tonne.)

Als Begründung hierfür wird angegeben, daß damit die Beschäftigungslosigkeit auf den Werften beseitigt werden soll.

Nach einem Bericht der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Reichsunternehmen) hat selbige rund 33-Millionen RM Darlehen für Schiffsbauten ausgegeben.

Hieraus ergibt sich, daß den Reedereien die alten Kästen mit Staatsgeldern zum Verschrotten abgenommen werden und ihnen zugleich neue Schiffe aus dem Staatsäckel gebaut werden. — Alles auf Kosten der Steuerzahler.

Die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt

Das Reichsarbeitsblatt vom 5. Februar d. J. bringt eine Statistik, worin die Zahl der Arbeitsuchenden und der Vermittelten im Monat Dezember 1931 aufgeführt wird.

Diese Statistik ist zusammengestellt auf Grund der Zahlen aus den Landesarbeitsämtern.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Arbeitslosen im Dezember noch nicht so hoch war wie jetzt. Die Statistik sagt:

Berufsgruppe:	Arbeit-suchende	Vermittelte Stellen
Baugewerbe	601 679	7
Industrie der Steine und Erden	252 322	21
Chemische Industrie	26 528	1
Metallverarbeitung	921 086	55
Holzindustrie	299 391	19
Bergbau	201 543	—
Verkehrsgewerbe	283 928	35
Lohnarbeit wechselnder Art	1224 158	160

Diese Statistik beweist am besten, daß es mit dem „einmal besser werden“ nichts ist und muß den Erwerbslosen und den noch in Arbeit Stehenden die Augen öffnen und ihnen zeigen, was nottut.

Was kann den Arbeitslosen beim Nebenverdienst in Abzug gebracht werden?

Sehr viele Arbeiter sind sich noch im Zweifel darüber, was ihnen, bei evtl. Nebenverdienst von der Unterstützung in Abzug gebracht werden kann.

Hierbei ist folgendes zu beachten: Von jedem Nebenverdienst kann man die Werbungskosten, die man nachweisen kann, absetzen, d. h. Steuerabzug, Sozialbeiträge, Fahrgeld, Werkzeug und Berufskleidung. Der Satz hierfür ist nach den geltenden Bestimmungen 2,40 RM pro Woche.

Um hierüber Beweis führen zu können, wird es gut sein, daß sich der Arbeiter in solchen Fällen eine Bescheinigung von demjenigen ausschreiben läßt, bei dem er die Gelegenheitsarbeit ausführt.

Der danach verbleibende Verdienst wird dann wie folgt auf die Unterstützung angerechnet:

20 Proz. der gesamten Arbeitslosen- oder Krisen-Unterstützung ist von dem Nebenverdienst als anrechnungsfrei abzuziehen. Von dem dann noch verbleibenden Geld wird die Hälfte auf die Unterstützung in Anrechnung gebracht.

Beispiel: Ein Arbeitsloser erhält mit Frau und Kind 18,— RM Arbeitslosen-Unterstützung. Durch Gelegenheitsarbeit hat er 15,— RM verdient. Von den 15,— RM werden ihm 2,40 RM als Werbungskosten bescheinigt, es verbleibt somit ein Nettoverdienst von 12,60 RM. Von dieser Summe kommen 20 Proz. seiner Unterstützung (18,— RM) = 3,60 RM in Abzug, so daß noch 9,— RM verbleiben. Hiervon werden nun 50 Proz. = 4,50 RM auf die Arbeitslosen-Unterstützung angerechnet, so daß er statt 18,— RM = 13,50 RM erhält.

Wir ersuchen unsere Kollegen, bei vorkommenden Fällen dieses zu beachten.

Arbeitsnachweisbericht

Auf dem Arbeitsnachweis der Fachabteilung der Holzindustrie wurden in Groß-Berlin arbeitslose Bootsbauer gezählt: Am 31. Dezember 1931: 384 Kollegen, am 15. Januar 1932: 392 Kollegen.

Versammlungskalender

Fürstenberg: den 4. März 1932.
Woltersdorf: den 1. März 1932.
Spandau: den 14. März 1932.
Kremmen: den 14. März 1932.
Potsdam: den 8. März 1932.
Schönweide: den 9. März 1932.
Niederlehme: den 18. März 1932.
Köpenick: den 21. März 1932.
Berlin: den 23. März 1932.
Nächste Vorstandssitzung am 4. März 1932, abends 7-Uhr, im Büro.

Bekanntmachung

Wir machen alle Kollegen, die Bibliotheksbücher entliehen haben, hiermit nochmals darauf aufmerksam, daß entlehene Bücher im Höchsthalle nach vier Wochen zurückzugeben sind. Wer diese Bestimmung nicht innehält, wird in Zukunft von der Benützung der Bibliothek strikte ausgeschlossen.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist die 7. Beitragswoche fällig.

Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 29.